Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 22 (2002)
Heft: 42

Artikel: Linke Wertepolitik? : Im Zeichen von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit
Autor: Husi, Gregor
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651943

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gregor Husi

Linke Wertepolitik?

Im Zeichen von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit

„Zurzeit wird ein Krieg nicht um Öl, sondern um Werte geführt", äusserte sich der freisinnige Schweizer Bundesrat Kaspar Villiger einmal vor den AktionärInnen der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ 19.4.1999). Ein Kulturkampf nachgerade soll im Gange sein. Freilich, wir sind für einmal einverstanden: Tatsächlich ist dieser *neue Kulturkampf eine Folge unterschiedlicher gesellschaftlicher Entwicklungen* in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten:

Erstens: Das Ende des Kalten Krieges und die politischen Ereignisse um das Jahr 1989 im Osten Europas bedeuteten nicht das „Ende der Ideologie" (Bell) und nicht das „Ende der Geschichte" (Fukuyama), sondern öffneten einen diskursiven Raum, der sich in diesen Jahren global neu zu strukturieren begann – ein Prozess, der durch den 11. September 2001 eine markante Zäsur erhalten hat. Zweitens: Die Diskurse der Postmoderne und Dekonstruktion haben in den neunziger Jahren kulturelle Gewissheiten unterhöhlt. Drittens: Die globalen wirtschaftlichen Steuerungsdefizite treten offen zutage und rufen auf Seiten der Politik nach überzeugenden kreativen Regierungskonzepten. Viertens: Die weltweite kommunikative Vernetzung führt zu noch komplexerer kultureller Berührung und Reibung und mischt das Verhältnis von Globalem und Lokalem auf. Fünftens: Tatsächliche oder vermeintliche gesellschaftliche Individualisierungstendenzen nähren eine pessimistische Einschätzung von Spaltungen und Entsolidarisierungen in den letzten Jahren. Sechstens: Die Ausdifferenzierung von Lebensbereichen und sozialen Milieus widerspiegelt sich in einem Wertepluralismus, der eine allgemeingültige Geltung von Grundwerten immer unwahrscheinlicher macht. Siebtens: Ein enorm wachsendes Angebot an möglichen Handlungsweisen, ohne dass auch immer die erforderlichen Mittel zur Verfügung stünden oder das Angebot selber bestimmt werden könnte, erschweren die Orientierungsleistungen und lebensgeschichtlichen Entscheidungen der Individuen. Und achtens: In bezug auf die veränderten Sozialisationsbedingungen der „Kinder der Freiheit" (Beck 1997) fragt sich, zumal der „flexible Mensch" (Sennett) sich offenbar fast überall immer grösserer Beliebtheit erfreut, ob heutzutage tendenziell andere Werte oder gar weniger Werte – vielleicht auch nur weniger „rigide" – verinnerlicht werden. Kulturpessimistisch Gestimmte sprechen in Anbetracht dessen von Werteverfall oder Werteverlust und denken dabei zuvörderst an traditionelle konservative Werte, die sogenannten Pflicht- und Akzeptanzwerte (Gehorsam, Leistung, Ordnung usw.), welche der Sturm namens Postmaterialismus arg bedrängt haben soll.

Gewiss wären noch weitere Faktoren zu nennen, welche zusammen mit den genannten dieselbe Wirkung zeitigen: Sie lassen einen Bedarf an

interpretativer und normativer Orientierung wachsen, der mit der Rede von Werten gedeckt werden soll. Auf bioethische und zivilgesellschaftliche Diskurse, die hierbei auch eine sehr wichtige Rolle spielen, werden wir im folgenden nicht eingehen. Stattdessen sei ein kurzer Blick auf parteipolitische und sozialwissenschaftliche Positionen zum Thema geworfen, um in diesem Rahmen ein aktuelles Wertepanorama und seiner politischen Problematik entstehen zu lassen.

Grundwerte in der Politik

Blättern wir kurz in den Wertekatalogen einiger politischer Parteien, zunächst der Schweizer Parteien. Ursula Koch, die Ende der neunziger Jahre als damalige Präsidentin der Schweizer Sozialdemokratischen Partei eine Grundwertediskussion lancierte, nennt als „Grundwerte" Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie sowie als „alt-sozialdemokratische Werte" Gerechtigkeit, Vollbeschäftigung, Wohlstand bei gleichzeitiger ökologischer Entwicklung, Bildung und soziale Sicherheit (WochenZeitung 17.9.1998). Ein anderer Vorschlag aus den SP-Reihen zieht Menschenwürde, Freiheit, Partizipation (statt Gleichheit, Gerechtigkeit), Schöpfung bzw. Natur und Friede vor (Spieler 1995, 4). Das freisinnige Strategiepapier für die Wahlen 1999 betonte die „fünf Grundwerte" Leistung, Freiheit, Verantwortung, Offenheit und Sicherheit (NZZ 14.10.1998), während sich die Partei auf ihrer Website zu den „liberalen, freiheitlichen und demokratischen Werten" sowie den „Prinzipien" Toleranz, Gemeinsinn, Verantwortungsbewusstsein und Ganzheitlichkeit bekennt. Rechts davon wird in der Schweizerischen Volkspartei, so das aktuelle Parteiprogramm, die Trikolore Wohlfahrt-Freiheit-Sicherheit gehisst (NZZ 20./21.3.1999), begleitet von einem Bekenntnis zu den „christlichen Grundwerten" auf der Website. Im übrigen führte auch die CVP ihren letzten gesamtschweizerischen Wahlkampf ganz im Zeichen von Sicherheit. Das springt denn ins Auge: Alle vier Schweizer Bundesratsparteien treten für Sicherheit ein, freilich setzen sie die Akzente jeweils anders. Moritz Leuenberger, der SP-Bundespräsident der Schweiz im Jahre 2001, kennzeichnet seine Haltung als „Ethischen Sozialismus": „Wer eine Welt der Chancengleichheit anstrebt, ... muss Risiken verhindern und die Chancen mehren" (NZZ 10.7.2000). Mit anderen Worten: Es gilt im Zeichen von Gleichheit Unsicherheiten zu minimieren und Freiheiten zu maximieren.

In Deutschland haben CDU und CSU mit ihrem zweifelhaften (Kampf-) Begriff der Leitkultur ahnen lassen, dass Werte im kommenden Wahlkampf grundsätzlich zur Diskussion stehen werden. Eine Grundwertedebatte führt im selben Lande seit längerem die SPD. Mit Gerechtigkeit wurde begonnen, mit Freiheit fortgefahren, schliesslich folgte Solidarität. Bereits im sogenannten Schröder-Blair-Papier (http://www.spd.de/) hiess es: „Fairness, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Chancengleichheit, Solidarität und Verantwortung für andere: diese Werte sind zeitlos". Selbstkritisch ergänzten die Autoren dann aber: „Wir haben Werte ... wie persönliche Leistung

und Erfolg, Unternehmergeist, Eigenverantwortung und Gemeinsinn zu häufig zurückgestellt hinter universelles Sicherungsstreben". Aussenminister Joschka Fischer fordert nun aber angesichts der weltpolitischen Lage nach dem 11. September 2001: „Wir brauchen einen weiteren Sicherheitsbegriff, vor allem eine gerechte Gestaltung der Globalisierung" (Die Welt 12.2.2002), während es im Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm der grünen Partei heisst: „Uns eint, uns verbindet ein Kreis von Grundwerten", nämlich Selbstbestimmung, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Demokratie (Süddeutsche Zeitung 14.7.2001). Und schliesslich ist im neuen Programmentwurf der PDS zu lesen: „Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar verbunden sind" (Die Zeit 14.2.2002).

Neben Grundwerten, die ihre Bedeutung vor allem im jeweiligen nationalen Kontext der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen erhalten, interessieren normative Standpunkte in sich formierenden supranationalen Zusammenhängen. Ebenso im Vertragswerk der EU (Artikel 7) werden die rechtsstaatlichen Grundwerte, die noch wirksamer geschützt werden sollen (NZZ 5.10.2000), genannt: Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenwürde und Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit. Ohnehin macht das Wort von der EU als einer „Wertegemeinschaft" seit einigen Jahren die Runde. Die Millenniums-Deklaration der UNO favorisiert ihrerseits die Werte Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Toleranz, Respekt für die Natur, geteilte Verantwortung (NZZ 9./10.9.2000).

Nur schon dieser ganz knappe Überblick zeigt, dass weitgehende Einigkeit über die Relevanz von Werten herrscht, jedoch nicht Einigkeit über die Relevanz und Priorität derselben Werte. Jeremy Rifkin fordert in Anbetracht dessen in einem Interview: „Was wir brauchen, ist ein leidenschaftlicher, nachdenklicher, inspirierter und seelenvoller Austausch über die wichtigen Werte" (NZZ 11.9.2000). Damit ist allerdings nur die eine mögliche, und zwar hoffnungsvolle Position im aktuellen Wertediskurs markiert. Muss es nämlich auf der anderen Seite nicht skeptisch stimmen, dass fast alle mit Rang und Namen in Politik und Kultur dem Kult von Werten, wenngleich von verschiedenen, huldigen? Wenn sich beispielsweise die Kluft von Arm und Reich vergrössert, obzwar Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht bloss von kritischen Kräften beschworen werden: Belegt diese unfriedliche Koexistenz von sozialer Wirklichkeit und deklarierten Werten nicht gerade, dass Werte in Wirtschaft und Politik trotz einer Ethikkonjunktur kein taugliches Mittel darstellen, um eben diese Wirklichkeit zu verändern? Lassen wir Vertreter der Sozialwissenschaft zu Wort kommen.

Aktuelle Wertediskurse in der Soziologie

Fast schon legendär ist die Definition von Clyde Kluckhohn, die sich leicht mit theoretischen Konzepten wie Lebensweise, Lebenslage oder Lebensziel

verknüpfen lässt: „Ein Wert ist eine explizite oder implizite Vorstellung des Erstrebenswerten, die für ein Individuum oder eine Gruppe bezeichnend ist und die Auswahl unter verschiedenen möglichen Formen, Mitteln und Zielen des Handelns beeinflusst." (1962, 395; Übers. d. Verf.) Andere knüpfen an die Zweck-Definition Max Webers an; für Wolfgang Schluchter bedeutet Wert nämlich „die Vorstellung einer Geltung, welche Ursache einer Handlung wird" (1996, 232). Werte erfüllen in sozialer Hinsicht verschiedene Funktionen. Sie sorgen u.a. für Individuation und Sozialisation, lassen Individuen sich zu Gruppierungen zugehörig fühlen, ermöglichen unter bestimmten Bedingungen angesichts einer Vielfalt von Optionen auszuwählen, erlauben es, Handlungen intersubjektiv abzustimmen, stiften Sinn. Schliesslich kann an Werten auch gesellschaftlicher Fortschritt ausgerichtet werden, und ebenso die Kritik daran.

Bezeichnenderweise lässt Blair-Berater Anthony Giddens die Studie „Jenseits von Links und Rechts" mit dem Kapitel „Handeln und Werte" und folgendem Satz enden: „Dies ist vielleicht das erste Zeitalter der Menschengeschichte, in dem allgemeingültige Werte tatsächlich etwas bewirken können, und keineswegs das Zeitalter, in dem solche Werte sich auflösen" (1997, 339). Giddens erachtet Werte ausdrücklich als „Steuerungsmechanismus" für die von ihm vorgeschlagene „radikal-kritische Politik". Wer aufgrund dieser Einschätzung erwartet, dass Giddens dementsprechend den Begriff „Wert" in seinen theoretischen Schriften gebührend abhandelt, wird enttäuscht. Sein Buch „Die Konstitution der Gesellschaft" (vgl. 1988) etwa lässt Werte aussen vor. Giddens fragt sich zwar, welche Werte eine „kritische Theorie der Spätmoderne" anleiten sollen (1997, 334). Er skizziert hierbei ein „erfinderisches Gleichheitsmodell", dessen Gestalt in bezug auf Werte allerdings sehr vage bleibt (vg. Auch 2001, 181) Giddens schaltete sich nebenbei bemerkt auch in die SPD-Debatte über den Wert der Gerechtigkeit ein (vgl. http://www.spd.de/events/grundwerte/giddens.html).

Ulrich Beck, der Mitspieler von Giddens im Projekt der Zweiten Moderne, erschütterte in den achtziger Jahren mit seiner Individualisierungsthese die soziologische Ungleichheitstheorie. Mit der Diagnose der Risikogesellschaft kommentierte er gleich noch facettenreich, wie es um die Sicherheit (insbesondere nach Tschernobyl 1986) steht, und liess seinen Blick dabei gleichsam von der Kleinfamilie zur Grosstechnologie wandern. In neueren Schriften setzt Beck (vgl. z. B. 1997) nun immer mehr auf die Karte Freiheit. Beck hat dabei nie, obgleich oftmals so missverstanden und kritisiert, behauptet, Individualisierung sei mit einem Gewinn an Freiheit einfach gleichzusetzen. Es geht ihm vielmehr um eine „Modernisierung der Moderne". – „Damit lautet die Schlüsselfrage: Wie reagieren freiheits- und selbstbewusste Citizen, welche die Sicherheit ihrer Welt wanken und sich radikalen Ungleichheiten ausgesetzt sehen?" (1997, 24). Beck fokussiert mit seiner zentralen Frage also Freiheit, Sicherheit und Gleichheit. Die Vordenker der „Zweiten Moderne" stellen uns seit neuestem vor die Wahl: „Freiheit oder Kapitalismus". Beck nennt als eines seiner Projekte, „diesen immanenten Widerspruch zwischen einer politischen Kultur der Freiheit

und einer Durchkapitalisierung der Weltgesellschaft zu entwickeln" (Beck/ Willms 2000, 116). Ob diese Alternative eine erfolgversprechende Neuprojektierung zu begründen vermag, bleibe hier dahingestellt. Eine gesellschaftstheoretische Fundierung der Alternativen fehlt bei Beck bislang weitgehend.

Wem gewiss kein Defizit an Gesellschaftstheorie vorgeworfen werden kann, ist Niklas Luhmann. „Werte werden in der Kommunikation vorausgesetzt, auch mitkommuniziert, aber nicht der Kommunikation ausgesetzt" (1997, 799), mutmasst der Systemtheoretiker. Er stellt „Wert" in eine Begriffskette, unterscheidet als „Gesichtspunkte der sachlichen Identifikation von Erwartungszusammenhängen" (1984, 429), Personen, Rollen, Programme und schliesslich Werte. Luhmann weist dem Wertbegriff einen systematischen theoretischen Ort zu – nicht ohne grosse Skepsis freilich: „Es kann keine Rede davon sein, dass Werte in der Lage wären, Handlungen zu seligieren. Dazu sind sie viel zu abstrakt und im übrigen aus der Sicht von Handlungssituationen stets in der Form des Wertkonfliktes gegeben. Ihre Funktion liegt allein darin, in kommunikativen Situationen eine Orientierung des Handelns zu gewährleisten, die von niemandem in Frage gestellt wird. Werte sind also nichts anderes als eine hochmobile Gesichtspunktmenge. Sie gleichen nicht, wie einst die Ideen, den Fixsternen, sondern eher Ballons, deren Hüllen man aufbewahrt, um sie gelegentlich aufzublasen" (1997, 341f.). Dass die Luft aus „Werten" raus ist, entspricht wohl kaum den sozialen Tatsachen. Es müssen indes die strukturellen Bedingungen angegeben werden, unter denen Werte überhaupt handlungswirksam werden (können). Und ebenso sind empirisch die Träger(gruppen) und Geltungsbereiche in bezug auf die jeweils historisch vorherrschenden Werte zu bestimmen. Luhmann überrascht dabei mit der Pointe: „Werte sind sozial stabil, weil psychisch labil" (1997, 343).

Jene Richtung der politischen Philosophie, die sich, soziologisch unterfüttert, in letzter Zeit für die Geltung von Grundwerten am stärksten gemacht hat, ist der Kommunitarismus. So erörtert zum Beispiel Amitai Etzioni in „Die Verantwortungsgesellschaft", was es heisst, Grundwerte zu teilen, und wer über solche Werte in einer Gemeinschaft zu entscheiden habe. Etzioni verwirft die individualistisch-liberale Vorstellung der deliberativen Demokratie, wonach vernünftige Menschen deliberativ, d. h. beratend, beratschlagend politische Konflikte verhandeln und lösen können. Dagegen setzt er auf Wertediskussionen, Werterziehung, Überzeugungskraft und Führungseigenschaften. Etzioni, der sich bereits in „Die aktive Gesellschaft" (1975) mit Werten auseinander gesetzt hat, entwickelt seine Argumentation vom Grundgedanken aus, dass allzu viele Wahlmöglichkeiten für die Gesellschaftsmitglieder ab einem gewissen Punkt die soziale Ordnung zu untergraben beginnen, die hinwiederum vorausgesetzt ist, damit Optionen überhaupt bestehen können. Wir erkennen darin den Wertkonflikt von Freiheit und Sicherheit. Etzioni versteht ihn als Gegensatz von Tradition (auf Tugend gründender Ordnung) und Moderne (gut geschützter Autonomie) und empfiehlt als „neue goldene Regel": „Achte und wahre die

moralische Ordnung der Gesellschaft in gleichem Masse, wie Du wünschst, dass die Gesellschaft Deine Autonomie achtet und wahrt" (1997, 19). Etzioni ist unschlüssig, wie die für die Wertdurchsetzung zentrale „community" auf Deutsch wiedergegeben werden soll. Im vorausgegangenen Buch (1995) nämlich wird der „Gemeinschaft" „Gemeinwesen" vorgezogen. Dieses theoretische Konzept hätte die kommunitaristische Bewegung ohnehin soziologisch viel genauer als bisher zu bestimmen, zumal richtig erkannt wird, dass dieser vorstaatliche Raum einen wichtigen, vielleicht gar den wichtigsten gesellschaftlichen Ort der Sozialisation, Wertentstehung und Wertverwirklichung darstellt.

Einst dem westlichen Marxismus und nun nicht dem Kommunitarismus, sondern der Postmoderne zugeneigt ist Zygmunt Bauman, der sich demselben Wertkonflikt widmet (vgl. 1999, 2000): Auf unsystematische Weise nimmt der polnisch-englische Soziologe unter die Lupe, wo sich die Reibungspunkte von Fragen der Freiheit mit solchen der Sicherheit festmachen lassen. Die schlimmsten und schmerzlichsten Probleme unserer Zeit, wird einleitend zu seinem jüngsten Buch (vgl. 2000) bemerkt, liessen sich als solche der Unsicherheit auffassen. In der englischen Sprache stehen drei Begriffe für deren Bezeichnung zur Verfügung: unsecurity, uncertainty, unsafety. Bauman setzt auf Politik: „Wahrscheinlich werden wir das Haar der Unsicherheit nicht aus der Suppe individueller Freiheit herausfischen, ohne unsere Zuflucht bei der Politik zu suchen." (2000, 17). Pessimistisch allerdings äussert sich Bauman über die Möglichkeiten der Politik, den Mächten, die für Unsicherheiten sorgen, wirksam zu trotzen: „Die Quellen der Unsicherheit werden weiterhin dafür sorgen, dass es nicht zur unbefleckten Empfängnis des Mutes und der Entschlossenheit, sie in Frage zu stellen, kommen wird." (2000, 14). Seine Überlegungen zur „Krise der Politik" beendet Bauman mit seiner – nach allem rhetorischem Aufwand enttäuschenden – „Vision", ein von Arbeitsverhältnissen unabhängiges Grundeinkommen einzuführen; denn lediglich Menschen mit genügend Selbstvertrauen und ohne Existenzängste könnten für eine vitale Demokratie sorgen. Fragt sich also: Welche Lösungen für eine Balance von Freiheit und Sicherheit müsste staatliche Politik sonst noch anbieten können? Welchen und wieviel Zwang soll der Staat ausüben, um die Freiheit aller zu gewährleisten? Welchen und wieviel Schutz braucht der Staat zu geben? Und welche Gleichheiten hat der Staat zu garantieren?

Die umfassendste und – im zweifachen Sinne – wertvollste soziologische Orientierung über Werte der letzten Jahre hat zweifellos Hans Joas geliefert. Auch er diskutiert in der SPD-Grundwertedebatte mit. Joas rückt ins Zentrum seiner Reflexionen die Frage, wie Werte und Wertbindungen entstehen. „Werte entstehen in Erfahrungen der Selbstbildung und Selbsttranszendenz" (1997, 10). Joas grenzt sich gegenüber der utilitaristischen Tradition ab, will zwischen dem Liberalismus und dem Kommunitarismus vermitteln, der sich einem allein nutzenorientierten, rechtefixierten oder auf ästhetische Selbstverwirklichung zielenden Individualismus entgegenstemmt. Den Kern seiner Gedankengänge bildet folgende Einsicht: „Zwar

mögen wir durchaus der Meinung sein, dass wir unsere Wertorientierungen begründen können sollen, und das Begründen und Diskutieren mag für uns selbst ein hoher Wert sein – aber dies heisst nicht, dass wir unsere Werte tatsächlich aus Begründungen und Diskussionen gewonnen hätten und sie aufgäben, wenn uns ihre Begründung schwerfällt." (1997, 22f.) Joas formuliert seine Vorschläge jedoch nicht als soziologische Zeitdiagnose, sondern siedelt seine Überlegungen selber auf einer „anthropologischen Ebene" an. Diese enthalten wichtige Differenzierungen. So unterscheidet Joas etwa zwischen dem Wandel der Werte und der Schwächung ihrer Bindungskraft im Anschluss an Durkheims Anomiekonzept; zwischen rationalen Nutzenkalkülen angesichts gegebener Regeln und der Entstehung von Regeln und Werten in kritischer Distanz zum Utilitarismus; und zwischen Präferenzen/ Wünschen und Werten, da „wir einige unserer Wünsche nicht als gut empfinden oder umgekehrt es uns nicht gelingt, von uns als gut Bewertetes auch tatsächlich zu einem vitalen Wunsch in unserem Leben werden zu lassen." (1997, 31)

Wir nehmen also mit Werten auch Stellung zu uns selber; sie sind reflexive Standards, mit denen wir die in unseren Wünschen manifesten Bewertungen beurteilten. Das hat die normativistische Alternative zum Utilitarismus besser erkannt, die sich vor allem mit dem Namen Talcott Parsons verbindet. Joas ortet jedoch auch hier kritische Punkte: Die Handelnden werden als Marionetten der Kultur behandelt; von ihrer eigenen Leistung, Werte in konkrete Orientierungen zu übersetzen, wird abgesehen; die Werte werden nicht hermeneutisch gewonnen, gleichsam als, wie wir Geertz abwandelnd sagen könnten, „dichte Bewertung". Und infolge dessen wird auch der Frage ausgewichen, was das konkrete Spezifikum wertbezogenen Handelns ausmacht. Letztlich kommen Wertinnovationen zwar in historischen Betrachtungen zur Sprache, werden jedoch nicht theoretisch gehaltvoll analysiert. Bei diesen Punkten vermag Joas gewichtige Argumente ins Spiel zu bringen, die er zum Teil bereits in seinem Vorläuferbuch „Die Kreativität des Handelns" von 1992 ausgeführt hat. Was Joas indes nicht liefert, auch nicht zu liefern beabsichtigt, ist eine empirische Landkarte der Wertverwirklichung: Wer vertritt wo welche Werte? Welche Trägergruppen lassen sich gruppieren? Welche Geltungsbereiche sollen unterschieden werden? Welche Wertinterpretationen herrschen vor? Welche Werte bzw. Wertinterpretationen widersprechen sich?

Summarisch muss dem Grossteil gegenwärtiger Theoriebildung das eine oder andere kritisch vorgehalten werden: entweder Wertabstinenz – der Wertbezug sozialen Handelns wird völlig ausgeblendet; oder Unterkomplexität – der Wertbezug wird nachgerade beschworen, jedoch ohne gesellschaftstheoretische Fundierung. Ersteres gilt für die hier versammelten Autoren nicht, denn sie alle geben sich vom Wert der Werte überzeugt. Werte spielen in ihren Überlegungen eine massgebliche Rolle. Not täte aber eine philosophisch aufgeklärte Wertesoziologie als empirisch gesättigte Gesellschaftstheorie. Eine solche hätte für Verschiebungen im *Wertediskurs* (in Politik, Wissenschaft, Technik, Alltag usw.) sensibel zu sein und

sich selbstreflexiv als Moment in eben diesem kulturellen Prozess zu begreifen. Und sie müsste eine Begrifflichkeit zur Verfügung stellen, die uns – stets partielle – *Wertverwirklichungen, das heisst wertorientierte Handlungen und ihre Folgen in spezifischen sozialen Kontexten* erkennen liesse. Es liegt auf der Hand, dass eine wertorientierte Gesellschaftstheorie nicht umhin kommt, den Akteurinnen und Akteuren als gestaltungsfähigen und gestaltungswilligen Subjekten einen zentralen Platz einzuräumen und nicht den „Tod des Subjekts" in der Moderne angesichts scheinbar übermächtiger Strukturen und selbstläufiger Prozesse verkündet. Damit zeichnen sich, noch vage zwar, schon die Konturen einer Denkfigur ab, die geeignet wäre, linke Politiken sozialwissenschaftlich zu unterstützen. Zugleich fordern die oben bei den jeweiligen Autoren verstreut vorgebrachten Einwände *Wertediskussionen im politischen Feld* heraus.

Politisch-ethische Werte: der Geist des Demokratismus

Max Weber hat für wesentliche gesellschaftliche Veränderungen in den vergangenen Jahrhunderten den, wie er es nennt, „Geist des Kapitalismus" verantwortlich gemacht und seinen Blick deshalb insbesondere auf die *Zweck*rationalität und ihre konkreten Ausformungen gerichtet. Seine Handlungstheorie (Weber 1980, 12f.) erlaubt uns aber ebenso, Prozesse der *Wert*rationalisierung theoretisch und historisch zu erfassen. „Interessen (materielle und ideelle), nicht Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber: die Weltbilder, welche durch Ideen geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte." (Weber 1988, 252)

Wir können Webers Sicht auf die wirtschaftliche und wirtschaftsethische Entwicklung um die politische Perspektive ergänzen (vgl. zum folgenden Husi/Meier Kressig 1998). Tatsächlich hat die demokratische Revolution seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert die Institutionen der westlichen Industrienationen in nicht minderem Masse als die industrielle Revolution erbeben lassen. Eine historische Analyse vermag zu zeigen, dass der verantwortliche *Geist des Demokratismus* wesentlich auf den Werten Freiheit, Gleichheit und – Sicherheit gründet. Man lese etwa die Verfassungstexte der grossen Revolutionen. Zwar im bekannten Slogan aus der Französischen Revolution aufgeführt, ist die Brüderlichkeit, *geschichtlich* gesehen, im politischen Diskurs von eher geringerer Bedeutung gewesen. Zudem ist Brüder- bzw. Schwesterlichkeit oder, wie wir heute sagen, Solidarität, *systematisch* betrachtet, den Grundwerten vorgelagert und stellt einen Wert auf dem Weg zum Ziel dar: auf dem Weg zu mehr Freiheiten, Gleichheiten und Sicherheiten. „So ist insbesondere 'Solidarität' kein eigentlicher Grundwert, sondern eine – allerdings zentrale – Forderung, Grundwerte zu verwirklichen." (Spieler 1995, 4)

Das heisst natürlich keineswegs, dass Debatten über Solidarität nicht geführt werden sollten. Im Gegenteil: Wie nämlich sollen Solidaritäten konkret beschaffen sein zwischen den Generationen, den Geschlechtern,

Menschen aus dem In- und Ausland, Reichen und Armen, Gesunden und Kranken, Gebildeten und Ungebildeten, Integrierten und Desintegrierten, Mächtigen und Ohnmächtigen, Anerkannten und Nicht-Anerkannten, aber auch zwischen den Regionen, Kantonen bzw. Bundesländern oder zwischen Stadt und Land, um ungerechte Unterschiede an Freiheiten und Sicherheiten zu ebnen? Und natürlich kann die gesellschaftliche Verantwortung von Organisationen, im besonderen von Wirtschaftsunternehmen, gerade in neoliberalen Zeiten auch als eine Frage der Solidarität thematisiert werden. Der Neoliberalismus scheint ja tatsächlich einfordern zu wollen, was in Habermasscher Perspektive beispielsweise als grösster anzunehmender Gesellschaftsunfall gälte: ein gleichsam lebensweltfreies, gar lebensweltfeindliches Wirtschaftssystem, eine politische Ökonomie, in der sich nur noch Werte wie Profit, Effizienz und Effektivität durchsetzen (zu wirtschaftstethischen Optionen vgl. Ulrich 1997).

Dagegen wird hier vorgeschlagen, das *Projekt der Moderne* (Habermas) *als Versuch der Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit* zu begreifen. Modernisierung wird als Wertverwirklichung verstanden – eine Auffassung, die theoretisch in der Tradition Max Webers steht und andere Konstrukte wie Individualisierung, funktionale Differenzierung usw. ergänzt oder konkurrenziert. Es ist ein Projekt, um dessen Definition seit über zwei Jahrhunderten gerungen wird. Im selben Zeitraum sind die einstmals politischen Werte in die gesamte Gesellschaft diffundiert. Nun prägen sie tendenziell das gesamte soziale Leben, das heisst die Lebensweisen in allen Lebensbereichen. Auch das Private ist bekanntlich nicht nur kommerziell, sondern auch politisch geworden. Die kulturellen Kämpfe entzünden sich an der Frage, welche Werte genau in diesem Gesellschaftsprojekt entscheidend sein sollen.

Die zentrale Frage lautet sodann, wie die ausgewählten Werte zu interpretieren sind (vgl. Husi/Meier Kressig 1998). *Gleichheit* kann zum Beispiel aufgefasst werden als absolute Gleichheit, Gleichheit der Bedürfnisbefriedigung bei unterschiedlichen Bedürfnissen, als gleicher Lohn für gleiche Leistungen oder, im Anschluss an John Rawls (1979), als Differenzgleichheit, d.h. als eine Ungleichheit, die noch den Schwächsten ein besseres Leben zugesteht, als wenn keine Ungleichheiten bestehen. Zwei Begriffspaare haben die Geschichte des Nachdenkens über *Freiheit* geprägt: negative und positive Freiheit einerseits (vgl. Taylor 1992), Willens- und Handlungsfreiheit andererseits (vgl. Steinvorth 1987, Bieri 2001). *Sicherheit* lässt sich über Bedeutungen von Unsicherheit (vgl. Husi 2001) erschliessen: Prekarität (vgl. Bourdieu 1998), Ungewissheit, Risiko und Gefahr (vgl. Luhmann 1990), Kontingenz (vgl. Luhmann 1984) – Bedrohung von Leib und Leben mögen dafür stehen. Alle diese Wert-Präzisierungen müssen ihrerseits noch genauer interpretiert werden.

Keine Rostmoderne, sondern eine neue Balance von Freiheit, Gleichheit, Sicherheit

Menschen pflegen aufgrund ihrer *Lebenslagen* (hierarchische Differenzierung; vgl. Husi/Meier Kressig 1992) und *Lebensziele Lebensweisen*, die sie in verschiedene *Lebensbereiche* (funktionale Differenzierung) führen und die ihnen bestimmte *Lebensgefühle* vermitteln. Diese in der Realität überaus komplexen Zusammenhänge können, das sei an dieser Stelle bloss angetönt, als Basis einer Gesellschaftstheorie dienen, welche die Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit in den Blick nimmt. Einen soziologisch zwar noch unbefriedigenden Versuch in diese Richtung hat beispielsweise Michael Walzer in „Sphären der Gerechtigkeit" (vgl. 1994) unternommen.

Eine selbstreflexive Moderne treibt auch einen *selbstreflexiven Wertwandel* voran. Dieser kann mit der eben angedeuteten, gleichsam *lebenssoziologischen Begrifflichkeit* besser verstanden werden. Eine selbstreflexive Moderne, zu deren Selbstreflexion gerade auch die politische Linke massgeblich beizutragen hat, bezieht sich auf Wertwandel in zumindest drei Formen: 1) Veränderung der sozial gültigen, d. h. anerkennungswürdigen Werte (in den professionellen Diskursen von Expertinnen und Experten); 2) Veränderung der persönlichen Werthaltungen und der Werte entsprechender gesellschaftlicher Grossgruppen; 3) Veränderung der in den diversen Lebensbereichen sozial geltenden, d. h. anerkannten Werte (zu Geltung vs. Gültigkeit, vgl. Habermas 1983). Entsprechend ändern sich auch die sozialen Formen, Werte zu verwirklichen.

Werte vermögen auf abstraktestem Niveau Ziele von Denk-, Fühl- und Handlungsrichtungen zu kristallisieren. Politische Differenzen werden an ihnen sichtbar. Werte sind auch in politisches Alltagsgeschäft übersetzbar. Das muss keineswegs auf den Rahmen staatlicher und parteipolitischer Politik beschränkt sein. Wenn die Rede von Werten in der Politik nicht blosse Rhetorik sein will, wenn weiters eine wirklich „wert-volle", das heisst wertorientierte Politik erwartet werden soll, die auf die Lebensverhältnisse durchzuschlagen vermag, dann ist eine solche Politik auf *gesellschaftstheoretische Aufklärung* angewiesen. Das gilt umso mehr für eine linke Politik. Die Orientierung an Anthony Giddens und Ulrich Beck weist hierbei markante Defizite auf.

Welche allgemeingültigen Werte und Wertinterpretationen aber sollen die Gestaltung menschlichen Zusammenlebens anleiten? Der Wettbewerb der Werte, ein „Wertbewerb" sozusagen, scheint vor einem Jahrzehnt etwa neu eröffnet worden zu sein. Dieser „Wertbewerb" politischer Diskurse wird zurzeit vor allem im konzeptionellen Viereck von Sozialismus im Sinne einer „gauche de gauche" (Bourdieu), von Drittem Weg/New Labour (Giddens/Blair), (Neo-)Liberalismus (von Hayek, Friedman) und modernisiertem Rechtskonservatismus (Haider) ausgetragen. Ins Auge springt gewiss die Nähe der politischen Parteien zu bestimmten Denktraditionen: der Sozialdemokratie zum Egalitarismus, d. h. zum Leitwert der Gleichheit; der

Freisinnigen zum Liberalismus, d. h. zum Leitwert der Freiheit; sowie der CDU/CSU, FPÖ bzw. CVP und SVP in der Schweiz zum nationalen Konservatismus, d. h. zum Leitwert der Sicherheit. Es ist zu vermuten, dass eine politische Partei bloss dann für sich reklamieren darf, das Gemeinwohl im Auge zu haben, wenn sie der Verwirklichung aller drei genannten Leitwerte dieselbe Aufmerksamkeit schenkt. Dies enthält ein Postulat an eine linke Wertepolitik: die Suche nach einer *neuen Balance von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit.*

Die Linke mag sich ihrer sozialliberalen und anarchistischen Traditionen entsinnen. Die Linke braucht sich ihrer egalitaristischen Tradition nicht zu schämen. Und die Linke benötigt überzeugende Konzepte in bezug auf die innere und äussere, öffentliche und soziale Sicherheit. An ebenso realistischen wie imaginativen Antworten auf Wertfragen im Kontext von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit wird sich bemessen, ob wir uns auf eine *„Rostmoderne"* zubewegen, die normative Postulate der Moderne bloss noch rhetorisch mit sich führt, *oder* aber weitere Schritte – Fortschritte – bei der *Realisierung des Werteprojekts der Moderne* anzielen.

Literatur

Bauman, Zygmunt, 1999: Unbehagen in der Postmoderne. Hamburg

Bauman, Zygmunt, 2000: Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit. Hamburg

Beck, Ulrich (Hg.), 1997: Kinder der Freiheit. Frankfurt/M.

Beck, Ulrich / Willms, Johannes, 2000: Freiheit oder Kapitalismus. Gesellschaft neu denken. Frankfurt/M.

Bieri, Peter, 2001: Das Handwerk der Freiheit. Über die Entdeckung des eigenen Willens. München und Wien

Bourdieu, Pierre, 1998: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz

Etzioni, Amitai, 1995: Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus. Stuttgart

Etzioni, Amitai, 1997: Die Verwantwortungsgesellschaft. Individuum und Moral in der heutigen Demokratie. Frankfurt/M. und New York

Giddens, Anthony, 1988: Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt/M. und New York

Giddens, Anthony, 1997: Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie. Frankfurt/M.

Giddens, Anthony, 2001: Die Frage der sozialen Ungleichheit. Frankfurt/M.

Habermas, Jürgen, 1983: Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln. Frankfurt/M.

Husi, Gregor / Meier, Marcel, 1992: Lebenslagen – und die soziale Frage. In: Widerspruch, Heft 24. Demokratie radikal. Zürich

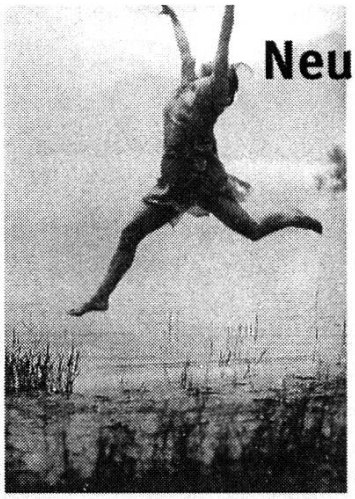
Husi, Gregor / Meier Kressig, Marcel, 1998: Der Geist des Demokratismus. Modernisierung als Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit. Münster

Husi, Gregor, 2001: „Sicher ist, dass nichts mehr sicher ist". Versuch über die verschiedenen Gesichter der Unsicherheit. In: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 120, 93

Joas, Hans, 1997: Die Entstehung der Werte. Frankfurt/M.

Kluckhohn, Clyde, 1962: Values and Value-Orientations in the Theory of Action: An Exploration in Definition and Classification. In: Parsons, Talcott / Shils, Edward A.

(Hg.), Toward a General Theory of Action. New York, 388-433
Luhmann, Niklas, 1984: Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/M.
Luhmann, Niklas, 1990: Risiko und Gefahr. In: Ders., Soziologische Aufklärung 5., Opladen, 131-169
Luhmann, Niklas, 1997: Die Gesellschaft der Gesellschaft. 2 Bde., Frankfurt/M.
Rawls, John, 1979: Eine Theorie der Gleichheit. Frankfurt/M.
Schluchter, Wolfgang, 1996: Unversöhnte Moderne. Frankfurt/M.
Spieler, Willy, 1995: Warum eine Grundwertdebatte? In: Rote Revue, Heft 4, Bern
Steinvorth, Ulrich, 1987: Freiheitstheorien in der Philosophie der Neuzeit. Darmstadt
Taylor, Charles, 1992: Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus. Frankfurt/M.
Ulrich, Peter, 1997: Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie. Bern/Stuttgart/Wien
Weber, Max, 1980: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen
Weber, Max, 1988: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I. Tübingen



Neu im Limmat Verlag

Sinnsuche und Sonnenbad
Experimente in Kunst und Leben auf dem Monte Verità

Fünfzehn Beiträge beleuchten die faszinierende Geschichte des Monte Verità, die zahlreiche soziale und künstlerische Bewegungen des 20. Jahrhunderts in Europa widerspiegelt. Von Lebensreform bis Anarchie, von Psychoanalyse und modernem Tanz bis zu Literatur und Rohköstlertum reicht das Spektrum in diesem Brennpunkt alternativen Lebens.

Herausgegeben von
Andreas Schwab und Claudia Lafranchi
290 Seiten, mit 48 Fotografien, Pappband,
Fr. 36.– ISBN 3 85791 369 X

Limmat Verlag Quellenstrasse 25 8031 Zürich Telefon 01 445 80 80 Fax 01 445 80 88 www.limmatverlag.ch